

IRANER / BANKPROBLEME

Plötzlich unerwünscht

Wer als Ausländer zum Studium nach Deutschland kommt, muss regelmäßig nachweisen, dass er genug Geld für den Lebensunterhalt hat. Dafür braucht man ein Konto. Viele Studenten, die aus Iran kommen, haben nun ein Problem: Die Deutsche Bank, die Commerzbank und andere Geldinstitute haben ihnen das Konto gesperrt oder weigern sich, eines für sie zu eröffnen. So ging es auch Soheil, 23 Jahre alt. Der Masterstudent kam im September 2011 nach München. Im Gepäck hatte er einen Schwung Bargeld für sein Leben in Deutschland. Er eröffnete ein Konto bei der Commerzbank. Gut ein Jahr später, im Oktober 2012, erhielt Soheil ein Schreiben der Münchner Filiale. Darin teilte ihm die Bank ohne Begründung mit, dass sein Konto zum Jahresende geschlossen werde. Viele seiner iranischen Kommilitonen erhielten ähnliche Briefe. »Seit November 2012 nehmen die Beschwerden über gesperrte Konten oder verweigerte Kontoeröffnungen massiv zu, Hunderte Iraner sind betroffen«, sagt Lutz Bucklitsch von der Flüchtlingshilfe Iran. In einigen Fällen seien mehrere tausend Euro auf dem Konto gewesen. Das Geld könne entweder bar ausgezahlt oder auf ein Konto eines anderen Instituts überwiesen werden, hieß es in den Kündigungen. Den Grund für ihr rigides Vorgehen wollen die Banken nicht nennen, die Commerzbank pocht in einer knappen Antwort auf das Bankgeheimnis. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband und die Deutsche Bank wollen keine Angaben zu ihrer »Geschäftspolitik« machen und verweisen auf das internationale Iran-Embargo, das wegen des umstrittenen iranischen Atomprogramms die meisten Geschäfte mit dem Land verbietet.



Doch die Sanktionen bestehen bereits seit 2007, und sie betreffen neben Firmen nur bestimmte Einzelpersonen. Wer nicht auf einer entsprechenden Liste steht, darf weiterhin seine privaten Bankgeschäfte erledigen. Wie lässt sich das Vorgehen der Banken erklären? Bucklitsch hat eine Vermutung: »Die deutschen Banken schließen Iraner aus, weil sie verstärkt Druck von ihren Geschäftspartnern in den USA bekommen.« Viele Amerikaner sehen Iran als ihren ärgsten Feind an. »Zumindest nach außen hin sollen keine Geschäfte mehr mit Iran gemacht werden«, sagt Bucklitsch. Jetzt verhandelt die Bundesregierung mit den Banken. In einem Brief teilte Emily Haber, Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, den Banken mit, dass es keine rechtliche Grundlage für ein Verbot von Konten aller Iraner gebe. Sie bittet um »erneute Prüfung einer Kontoeröffnung und -führung«.

32 000

Studenten in Deutschland haben kein Abitur. Noch nie haben sich so viele junge Menschen ohne die sogenannte schulische Hochschulzugangsberechtigung an Unis und Fachhochschulen eingeschrieben. 2011 waren es nur 12 000. Was anderswo längst normal ist, wurde hierzulande erst vor vier Jahren vereinfacht. Nun kann ein Bäckermeister zum Medizinstudenten werden und eine Bürokauffrau auf BWL umsatteln. Mehr unter www.studieren-ohne-abitur.de

KORRUPTIONSWÄCHTER / WEBSITE

Gegen Geheimverträge

Weil an den Unis das Geld knapp ist, kooperieren immer mehr Hochschulen mit Unternehmen. Die Folge: Hörsäle, die nach einem Sponsor benannt sind, oder Dozenten, die von der Wirtschaft bezahlt werden. Oder ein Geheimvertrag wie jener zwischen der Uni Köln und dem Pharmariesen Bayer (UniSPIEGEL 6/2012). Wegen der steigenden Zahl solcher Fälle sorgen sich Transparency International, die Berliner »Tageszeitung« und der Freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) um die Freiheit der Lehre und Forschung. Sie setzen jetzt auf die Mithilfe von Studenten und Uni-Mitarbeitern: Diese sollen auf dem neuen Internetportal www.hochschulwatch.de fragwürdige Verbindungen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft melden.